

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuelle

*Kommentar von Ingrid Moritz
zum Kindergeld Neu*

16. Oktober 2009 • Nr. 34 • 0,73 €

Für Fairness und Chancengleichheit:

Bildungsreform JETZT!

In Sachen Bildungsreform ist endlich Bewegung in die Reihen der ÖVP gekommen. Plötzlich ist die von Bildungsministerin Claudia Schmied schon lange geforderte Ganztagsschule keine „Zwangstagsschule“ mehr. Diese radikale Kursänderung der ÖVP wird die Bildungsministerin nutzen und die dringend notwendige Bildungsreform mit Nachdruck und Elan vorantreiben, um unseren Kindern künftig die bestmögliche Schulbildung zu ermöglichen. Der Grundsatz der SPÖ, dass Bildung nicht vom Geldbörstel der Eltern abhängig sein darf, gilt heute noch ebenso wie in den Anfängen der Sozialdemokratie. Daher erteilt die SPÖ der ÖVP-Forderung, wonach die Nachmittagsbetreuung mit einem Kostenbeitrag der Eltern verbunden sein soll, eine klare Absage. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder war auch eines der Hauptthemen des SPÖ-Parteipräsidiums. Neben dem Kampf für Arbeitsplätze und Maßnahmen für ein besseres Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in Österreich präsentierte Bundeskanzler Werner Faymann die Initiative „Österreich 2020“ – eine breite inhaltliche Initiative, die Zukunftsperspektiven für Österreich entwickeln soll.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

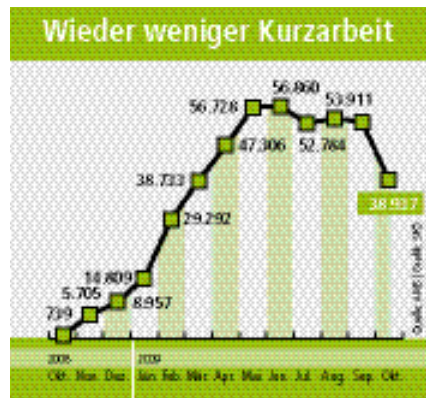
SPÖ-Präsidium	4
Landesparteitag Salzburg	6
Beamte zur Polizei	7
Ganztagsschule	8
Verwaltungsreform.....	10
Gastkommentar von Ingrid Moritz...	14

Service auf vier Rädern für Wiener Unternehmer



Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband startete eine neue Serviceinitiative für Unternehmen.

Brauchen Wiener Selbstständige derzeit schnell mal Informationen rund um ihren Betrieb, so müssen sie in



Rückgang der Kurzarbeit

Nach dem Anstieg der Kurzarbeit in der Krise, mit dem Höchststand von 56.860 ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit vom letzten Juni, ist die Zahl auf unter 40.000 gesunken. Die aktuellen Zahlen des AMS sind erfreulich und zeigen, dass durch die verbesserte Auftragslage die Zahl der KurzarbeiterInnen auf dem Rückgang ist. Im Oktober waren 38.937 Menschen in Kurzarbeit.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Hilft die Ganztagschule, erwerbstätige Eltern zu entlasten?

Der Ausbau ganztägiger Schulangebote, der für Bildungsministerin Claudia Schmied im Fokus ihrer Arbeit steht, findet nun auch Wohlwollen bei der ÖVP.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at mit, ob die Ganztagschule eine geeignete Möglichkeit ist um erwerbstätige Eltern zu entlasten?



Kinderfreunde

Kindergeld – Familienausschuss stimmte Entwurf zu

Die neuen, zusätzlichen Kindergeldvarianten haben die erste parlamentarische Hürde genommen – ein weiterer Schritt dazu, den Lebenswelten von Eltern noch mehr entgegen zu kommen. SPÖ und Koalitionspartner ÖVP stimmten dem Gesetzesentwurf zum neuen Kindergeld im Familienausschuss zu. Für Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist vor allem die einkommensabhängige Variante ein großer Erfolg und ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Zitat der Woche

„Wir brauchen eine Schule die kleinere Gruppen und fächerübergreifenden Unterricht kennt. Eine Schule die ganztätig ist, eine Schule ohne Angst. Dafür kämpft die Sozialdemokratie.“

Bundeskanzler Werner Faymann in einem Pressestatement nach dem SPÖ-Parteipräsidium.



SPÖ

Swoboda empfing Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes

Zu intensiven Gesprächen trafen sich Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes mit österreichischen EU-ParlamentarierInnen in Brüssel. Am Rande des Besuches wurden sie von Hannes Swoboda empfangen.



Muss Bildung kostenlos sein?



Ein kostenloses Bildungssystem bedeutet Chancengleichheit. Wir brauchen ein gerechtes Bildungssystem statt weitere soziale Selektion.

Seit Bruno Kreisky die größte Bildungsreform der Nachkriegszeit durchsetzte, sind seine Reformen Systembeharrern ein Dorn im Auge. Die Möglichkeit des freien Bildungszugangs ist nach wie vor ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt. Umso mehr, da die Vorstöße der ÖVP für Studiengebühren und für kostenpflichtige Nachmittagsbetreuung immer vehementer werden. Die Sozialdemokratie ist und bleibt der Garant dafür, dass unser Bildungssystem nicht zu einem System für Eliten umgewandelt wird.

Investitionen in die Bildung sind die besten Investitionen für die Menschen, aber auch für unseren Wirtschaftsstandort. Noch heute ist es allerdings erwiesen, dass Kinder aus wohlhabenden Familien es nach wie vor leichter haben, selber in den Genuss von umfassender Bildung zu kommen. Die Auseinandersetzung zwischen Systembeharrern und Fortschrittlichen ist wahrscheinlich nirgendwo so groß wie im Bildungsbereich.

Nur das Beste für sein Kind zu wollen ist eine Eigenschaft, die allen Eltern gemein ist – nur das Beste für Wohlhabende hingegen

ist sichtlich der fromme Wunsch manch rückschrittlicher Stimmen aus der ÖVP. Wenn Bildung kein für alle leistbares Gut ist, so hat das Konsequenzen. Wohnungskosten, Lebenskosten sowie Kosten für den Studienbedarf zwingen tausende Studierende zu einem Job neben dem Studium, was sich logischerweise auch wieder auf die Dauer des Gesamtstudiums auswirkt. Es kann nur als blanker Hohn bezeichnet werden, wenn nun Wissenschaftsminister Hahn wieder Studiengebühren wieder einführen will.

„Die Sozialdemokratie ist und bleibt der Garant dafür, dass unser Bildungssystem nicht zu einem System für Eliten umgewandelt wird.“

Ebenso unverständlich ist der Ruf, zusätzliche Kosten für die Nachmittagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern einheben zu wollen. Kinder aus gut situierten Familien haben es in unserem Schulsystem nach wie vor leichter. Das fängt bei den Kosten für Nachhilfe an und hört beim unter-

schiedlichen Zugang zum kulturellen Angebot auf. Zusätzliche finanzielle Hürden in die so wichtige Nachmittagsbetreuung einzubauen ist ungerecht.

Das alles läuft immer nach demselben System ab: bessere Schulen und bessere Ausbildung für Kinder aus vermögenden Familien. Ein Bildungssystem darf nicht neue Hürden zum Vorsatz haben, es soll Begeisterung für das Lernen wecken. Wir brauchen Schulen, die dem Wissenshunger der Kinder gerecht werden, die soziale Kompetenz vermitteln, die auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen, die ohne Angst funktionieren und Stärken fördern. Wir brauchen Unis, die die Studierenden wie Konsumenten behandeln, die sie darin bestärken, mehr zu erfahren und mehr zu forschen. Wir halten fest: Gleichheit in der Bildung heißt auch Gleichheit im späteren Lebensverlauf. Nachmittagsbetreuung für unsere Kinder ist pädagogisch wertvoll und dient dazu, dass jeder die gleichen Chancen hat – unabhängig von der Brieftasche der Eltern. Für ein gerechtes Bildungssystem lohnt es sich zu kämpfen. ♦

ARBEITSTREFFEN

SPÖ-Präsidium Weichenstellung für die Zukunft

Der Kampf für Arbeitsplätze, Integration und Bildung, die Hacklerregelung und die Studiengebühren waren Thema des SPÖ-Parteipräsidiums.

Anlässlich des SPÖ-Parteipräsidiums präsentierte Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann das Projekt „Österreich 2020“ – eine breite inhaltliche Initiative, die Zukunftsperspektiven für Österreich entwickelt. Die Ergebnisse der acht inhaltlichen Arbeitsgruppen – die Themenpalette reicht von Steuergerechtigkeit bis hin zu Ordnung und Sicherheit – werden innerorganisatorisch „breit und kontroversiell“ diskutiert. Anführen werden die Arbeitsgruppen die Regierungsmitglieder der SPÖ. Werner Faymann wird die Diskussion gemeinsam mit SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas leiten. Auch prominente VertreterInnen aus der Wissenschaft, wie etwa der deutsche Ökonom Peter Bofinger von der Universität Würzburg oder Paul Scheffer, Soziologe und Spezialist

Sorge tragen, dass ein besseres Zusammenleben der Menschen möglich wird. „Wir wollen den Problemfeldern ins Auge sehen und nichts wegdiskutieren“, so der Bundeskanzler. In Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt werden diese auch evaluiert und weitere Maßnahmen vorbereitet. Der Missbrauch im Fremdenrecht muss überdies abgeschafft werden, stellte Faymann klar.

dem Rechnungshof-Präsidenten eine „herorragende Vorarbeit“ attestierte.

Keine Wiedereinführung der Studiengebühren

Einmal mehr bekräftigte der Bundeskanzler seine Position zu den Studiengebühren und der Hacklerregelung bis 2013. Weder eine Wiedereinführung von Studiengebüh-

Wir werden uns auch weiterhin dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit widmen. Kein Jugendlicher darf auf der Straße stehen.

Bundeskanzler Werner Faymann

für Fragen der Integration, werden mit ihrem Know-how beratend zur Seite stehen.

Besseres Zusammenleben in Österreich

Großes Thema war insbesondere der Bereich Integration in Österreich. „Sprachförderung und vor allem Bildung sind Kernpunkte für ein besseres Zusammenleben“, strich Faymann hervor. „Wien hat gute Beispiele geliefert, wie dieses bessere Zusammenleben auf kommunaler Ebene funktionieren kann.“ Dabei führte Faymann die Maßnahme der „Ordnungshüter“ in Gemeindebauanlagen an. Bund und Kommunen sollen in ihrem Wirkungsbereich dafür

Bildungsreform, Verwaltungsreform, Hacklerregelung

„Wir brauchen eine Schule, die kleinere Gruppen und fächerübergreifenden Unterricht kennt. Eine Schule, die ganztätig ist, eine Schule ohne Angst – dafür kämpft die Sozialdemokratie“, so der Bundeskanzler zur anstehenden Bildungsreform. „Die Verwaltungsreform müssen wir gemeinsam vorantreiben und Diskussionen mit den Bundesländern führen“, so Faymann, der

ren, noch eine Verkürzung der Hacklerregelung werde es mit der SPÖ geben. Faymann: „Ich stehe zu meinem Wort.“ Sozialminister Rudolf Hundstorfer wird eine Pensionslösung für die Zeit nach 2013 erarbeiten. Auch bekräftigte Faymann, dass Österreich 2.000 PolizistInnen mehr braucht: „Die Polizei in unserem Land braucht Unterstützung.“ Deshalb wird nun geprüft, wie viele PolizistInnen derzeit in Ausbildung sind und wie man es so rasch wie möglich schafft, ein Mehr zu erreichen. ♦



SPÖ-Parteivorsitzender und Bundeskanzler Werner Faymann entwickelt Zukunftsperspektiven für Österreich 2020.

Lehmann

PENSIONEN

Finanzkrise entzaubert private Pensionssysteme

Eine aktuelle Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien zeigt, dass umlagenfinanzierte, staatliche Pensionssysteme sicherer, billiger und sozial fairer sind als private Altersvorsorgen.



Bilderbox

In Österreich müssen rund 42.000 der 63.000 BezieherInnen von Firmenpensionen mit teils massiven Verlusten rechnen.

Hieß es vor wenigen Jahren noch „mehr privat, mehr Erträge“, sind jetzt Pensionsfonds weltweit mit massiven Verlusten konfrontiert. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Arbeiterkammer Wien (AK) straft nun alle Befürworter von „Mehr Privat, weniger Staat“ Lügen und entlarvt kapitalgedeckte, private Systeme nicht nur als Opfer, sondern als Mitverursacher der aktuellen Krise. Die umlagefinanzierte, staatliche Alterssicherung ist meist billiger als private Modelle und auch auf lange Frist finanzierbar. Zudem wirkt das öffentliche System antizyklisch und ist sozial fairer.

Private Pensionssysteme sind Mitverursacher der Krise

Seit den 1990er Jahren erfuhr die private Altersvorsorge ein ungeheures Wachstum. Dies erzeugte eine „Kapitalmarktinflation“ und trug zum ungesunden Aufblähen der Finanzmärkte bei. Die krisenbedingt massive Entwertung von Pensionsvermögen führt nun zu erheblichen Finanzierungslücken. Viele Unternehmen können ihre Leistungszusagen nicht mehr halten. Zusammen mit den geringeren Ertragserwar-

tungen zieht dies Nachfrageausfälle nach sich, was wiederum den Abschwung verschärft. Pensionsfonds sind aber nicht nur Mitverursacher der Krise, sondern haben auch selbst darunter gelitten. Zwischen Dezember 2007 und Oktober 2008 ist der Marktwert von privaten Pensionssparplänen in der OECD um rund fünf Billionen Dollar eingebrochen – das entspricht 33 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der EU-27. In den USA wird damit gerechnet, dass die jetzigen Verluste der Pensionsfonds die Gewinne der vergangenen fünf Jahre ausradiert haben. In Österreich müssen rund 42.000 der 63.000 BezieherInnen von Firmenpensionen mit teils massiven Verlusten rechnen.

Casinokapitalismus ist gegen die Wand gefahren

Die Studie warnt davor, die Krise nur als „Betriebsunfall“ zu sehen und belegt, dass der Casinokapitalismus kräftig an die Wand gefahren ist. Das staatliche Pensionssystem dient der Sicherung des Lebensstandards und sollte gerade jetzt Priorität haben. ♦

ZITIERT



SPÖ

**PVÖ-Präsident
Karl Blecha**

„Während unser staatliches Pensionssystem auch in schwierigen Zeiten eine sichere, standfeste Säule darstellt, brachen die filigranen Stäbchen der privaten Altersvorsorgen im Sturm der Finanzkrise.“



Spiola

**SPÖ-Senioren-
sprecher
Christian Faul**

„Wenn die privaten Systeme schließlich in sich zusammenbrechen, muss erst recht der österreichische Staat mit seinem krisensicheren Pensionssystem einspringen.“



SPÖ

**SPÖ-Sozial-
sprecherin
Renate Csörgits**

„Die Studie zeigt ganz deutlich, wie groß die Risiken bei privater Pensionsvorsorge im Falle einer Finanzkrise sind.“



SPÖ

**SPÖ-Nationalrats-
abgeordneter
Wolfgang Katzian**

„Gerade jetzt geht es darum, die erste Säule des Pensionssystems, die gesetzliche Pension, wieder zu stärken.“

40. LANDESPARTEITAG

Für ein Salzburg der Chancen und der Gerechtigkeit

Auf dem 40. Landesparteitag der SPÖ-Salzburg, der unter dem Motto „Halt geben. In einer bewegten Welt“ stand, wurde Gabi Burgstaller mit 96 Prozent der Delegiertenstimmen als SP-Landespartei-vorsitzende wiedergewählt.

„Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung für alle und in allen Regionen eröffnet Lebenschancen.“

**Salzburgs Landeshauptfrau
Gabi Burgstaller**

Im Mittelpunkt des Parteitages, zu dem 279 ordentliche Delegierte und rund 500 Gäste gekommen waren, stand die zukünftige Arbeit der Sozialdemokratie für ein modernes, gerechtes Salzburg. In ihrer Rede widmete sich Landeshauptfrau Gabi Burgstaller den Fragen der Gerechtigkeit. Mit fünf Initiativen wird sich die SPÖ in den kommenden Jahren mit voller Kraft dem Einsatz für Gerechtigkeit widmen, gab Burgstaller den Kurs der Salzburger Sozialdemokratie vor. Sie nannte dabei eine Investitions- und eine Entlastungsoffensive, Offensiven für die Jugend, die Gesundheit, sowie eine Wohnoffensive. „Die Salzburger SPÖ ist die politische Kraft in Salzburg, die für die Menschen in diesem Bundesland Verantwortung trägt, um ihnen in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten Halt zu geben und Zukunftschancen zu eröffnen,“ betonte Burgstaller.

Faymann: Beste Bildung für junge Menschen

SPÖ-Bundespartei-vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann hob in seinem Referat das Engagement von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller im Bereich der Bildungspolitik hervor, sie habe erkannt, dass Bildung der Schlüsselfaktor für die Zukunft ist. „Wir wollen in Österreich die beste Bildung für unsere jungen Menschen“, so der Bundeskanzler. Ziel ist es, den Ausbau von Kleingruppen an den Schulen voranzutreiben, ganztägige Schulformen sollen angeboten werden und Kinder bereits vor Schuleintritt optimal gefördert werden. Faymann betonte, dass die Menschen wieder spüren müssen, was die Sozialdemokratie will. „Wir



279 ordentliche Delegierte und rund 500 Gäste nahmen am Parteitag im Ferry Porsche Congress Center in Zell am See teil.



**Bundeskanzler
Werner Faymann:**
„Nur eine klar zukunfts-orientierte Sozialdemokratie garantiert eine starke soziale Zukunft für Österreich.“



Am 40. Landesparteitag der Salzburger SPÖ wurde Gabi Burgstaller als Landespartei-vorsitzende mit 96 Prozent wiedergewählt.

müssen das Gefühl der Menschen wieder zurückgewinnen und ein besonderes Augenmerk auf soziale Kompetenz und Gerechtigkeit legen. Dabei bedarf es Ge-

schlossenheit und gemeinsamer Kraftanstrengungen, um die Herausforderung der Gegenwart und Zukunft zu bewältigen“, betonte der Bundeskanzler. ♦

POST- UND TELEKOM

Beamte zur Polizei – Projekt ist auf Schiene

Nach dem massiven Abbau von PolizeibeamtInnen durch die schwarz-blaue Regierung gibt Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek nun grünes Licht für die Verstärkung der Polizei: bis Ende 2010 werden 1.000 ehemalige Post- und Telekom-beamtInnen in den Verwaltungsdienst der Polizei überstellt.



Zinner

„Es ist dringend notwendig, die Polizei in ihrem Kampf gegen die Kriminalität zu unterstützen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

werden.“ Sie ist überzeugt, „dass es gelingen wird, diese 1.000 BeamtInnen von Post und Telekom zur Polizei in die Ballungszentren zu holen.“ Einer Dauerlösung steht damit nichts mehr im Weg.

Großes Interesse an der Polizeiarbeit

Die rechtlichen Fragen sind geklärt, offiziell bleiben die BeamtInnen vorerst im Personalstand von Post und Telekom. Das enorme Interesse – bereits 700 BeamtInnen wollen zur Polizei wechseln – zeigt, dass die Flexibilität der Bediensteten sehr hoch ist. Bis Jahresende werden etwa 100 der ehemaligen Post- und TelekommitarbeiterInnen ihre Ausbildung im Innenministerium beginnen und bis Ende 2010 werden insgesamt 1.000 BeamtInnen zur Polizei wechseln. Die Pilotphase – 60 Freiwillige sind aktuell bei der Polizei im Einsatz – läuft bereits gut. ♦



Knie

Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Ich sehe die Ampel auf grün, dass wir die Polizei bald bei der Kriminalitätsbekämpfung entlasten können.“

Bundeskanzler Werner Faymann will durch die Umschichtung von BeamtInnen die Polizei in ihrer Tätigkeit unterstützen und entlasten.

Die Polizei ist mit Verwaltungsarbeit beschäftigt, statt der steigenden Kriminalität Herr zu werden“ oder „Mehr PolizistInnen sollen auf den Straßen für Sicherheit sorgen“ – diese und ähnliche Forderungen wurden seit dem Abbau von rund 4.000 PolizistInnen unter der schwarz-blauen Regierung von vielen Seiten gestellt. Dieser Abbau machte sich besonders in den Städten bemerkbar, wo die Einbruchsdelikte drastisch zunahmen.

Faymann unterstützt Kampf gegen Kriminalität

Schon im Sommer sprach sich SPÖ-Bundesparteivorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann für die Umschichtung von BeamtInnen aus, um den genannten Forderungen gerecht zu werden und die Polizei von Verwaltungsarbeiten zu entla-

sten. Und auch aktuell bekennt sich Faymann zur konkreten Unterstützung der ExekutivbeamtInnen. „Es ist dringend notwendig, die Polizei in ihrem Kampf gegen die Kriminalität zu unterstützen“, bekräftigte er etwa kürzlich beim Ministerrat. Eine Maßnahme dafür sei die Motivation von Post- und TelekommitarbeiterInnen, für die Polizei zu arbeiten. Die Polizei wäre entlastet und könnte sich besser ihrem hauptsächlichen Arbeitsgebiet widmen.

1.000 BeamtInnen zur Entlastung der Exekutive

Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek gibt grünes Licht: „Die Fälle auf dem Schreibtisch, am Computer bearbeiten – also die Verwaltungstätigkeiten, die die PolizistInnen jetzt sehr aufhalten, die könnten von anderen BeamtInnen getätigt

BILDUNG

Erfolg für Schmied: ÖVP lenkt in Sachen Ganztagschule ein

Ganztagschule ist für die ÖVP nicht mehr Zwangstagschule. Der Ausbau ganztägiger Schulangebote, der von Bildungsministerin Claudia Schmied im Fokus ihrer Arbeit zur Bildungsreform steht, findet plötzlich Zustimmung bei der ÖVP.

„Für eine Schulreform benötigt man Mut, Kraft und Durchhaltevermögen. Alles Eigenschaften, über die Claudia verfügt.“

Bundeskanzler Werner Faymann über Bildungsministerin Claudia Schmied

Die Kursänderung der ÖVP ist radikal. Bis vor kurzem wurde Bildungsministerin Claudia Schmied für ihr engagiertes Eintreten für eine Bildungsreform vor allem behindert und boykottiert. Schmied musste gegen Gewerkschaft, Länder und Koalitionspartner ÖVP in Sachen Ganztagschule ankämpfen und schwierige Überzeugungsarbeit leisten. Noch im Frühjahr ließ man Schmied mit ihrer Forderung, wonach die Lehrer zwei Stunden pro Woche länger mit den SchülerInnen in den Klassen arbeiten sollten, allein. Wer hat nicht mehr den ÖVP-Sager: „Ganztagschule ist gleich Zwangstagschule“ im Ohr? Umso überraschender kommt nun der Schwenk der ÖVP. Plötzlich sind für Pröll, Spindelegger & Co jahrelange SPÖ-Forderungen wie mehr Ganztagschulplätze und eine Ausweitung der Lehrverpflichtung kein Schreckgespenst mehr. Die ÖVP signalisiert Unterstützung für die Pläne von Bildungsministerin Claudia Schmied.

SPÖ Forderungen vor Umsetzung

Die SPÖ zeigt sich erfreut über den ÖVP-Schwenk und will nun mit Nachdruck und Elan die Bildungsreform vorantreiben. „Es ist ein gutes Signal“, so Schmied „Jetzt müssen den Worten konkrete Taten beim Dienstrecht und den Budgetverhandlungen folgen.“

Die Chancen für das Schmied-Projekt „Schule von Morgen“, die ganztägig und gemeinsam sein soll und die Kinder bestmöglich fördern soll, stehen somit gut. Die ÖVP scheint erkannt zu haben, dass die

Qualität der Betreuung auch davon abhängt, dass LehrerInnen vom Vormittag auch die Betreuung am Nachmittag übernehmen. Der SPÖ liegt das

Plätze kostet 156 Millionen. Will man die Hälfte aller SchülerInnen zwischen 6 und 14 Jahren pädagogisch sinnvoll am Nachmittag betreuen, müsste der Staat 492



Bildungsministerin Claudia Schmied will nach dem Einlenken der ÖVP die Bildungsreform rasch umsetzen.

Wohl der SchülerInnen und Eltern am Herzen und will für bestmögliche Bildung und Betreuung sorgen. Eine IFES-Umfrage gibt der Ministerin recht: 80% der ÖsterreicherInnen sind für den Ausbau von ganztägigen Schulformen, 69% der BürgerInnen meinen, dass der Bedarf an ganztägiger Betreuung groß sei und wachsen wird.

Tagesbetreuung NEU

Bereits jetzt gibt es 81 Schulstandorte mit der „Tagesbetreuung NEU“ und diese werden von den Eltern immer mehr in Anspruch genommen und nachgefragt. Diese Schulen stehen für ein modernes ganztägiges Schulangebot mit bestmöglicher Förderung und attraktiver Freizeitgestaltung mit Kunst, Bewegung und Sport. Beaufsichtigt werden die Kinder von LehrerInnen.

Die Tagesbetreuung NEU ist eine Form der Ganztagschule. Der Besuch ist freiwillig. Derzeit fließen 81 Millionen Euro in die heute bereits existierenden 90.000 Betreuungsplätze. Eine Ausweitung auf 120.000

Millionen Euro lockermachen. Unterrichtsministerin Claudia Schmied will eine Finanzierung durch zusätzliche Mittel aus dem Budget und sieht Finanzminister Pröll gefordert.

Betreuung nicht zu Lasten der Eltern

Außenminister Michael Spindelegger, der mit seiner Unterstützung für Bildungsministerin Schmied für mehr Ganztagschulen die derzeitige Debatte entfacht hatte, fordert, dass Nachmittagsbetreuung auch mit einer Kostenbeteiligung der Eltern verbunden sein muss.

Bildungsministerin Schmied stellte dazu klar, dass „keine Beiträge von Eltern für ganztägige Schulangebote“ geplant seien. Es seien lediglich Selbstbehalte für die Verpflegung der Kinder, wie dies schon derzeit der Fall ist, vorgesehen. Denn Ganztagsbetreuung und bestmögliche Bildung darf nicht eine Frage des Eltern-Geldbörse sein. ♦

INTERVIEW

„Nach 12 Jahren ist es endlich gelungen, die ÖVP zu überzeugen.“

Dank des Einsatzes von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wird das Kinderbetreuungsgeld Neu in fünf Varianten wie geplant am 1. Jänner 2010 starten. Im Interview mit SPÖ-Aktuell sprach die Ministerin über diesen familienpolitischen Meilenstein.

SPÖ Aktuell: Nach langen Verhandlungen zum Kinderbetreuungsgeld konnte eine Einigung erzielt werden. Was sind die großen Neuerungen?

Gabriele Heinisch-Hosek: Das Kindergeld Neu bietet allen Eltern ab 1. Jänner 2010 zu den bisherigen drei Varianten zwei zusätzliche Wahlmöglichkeiten. Nach zwölf Jahren ist es endlich gelungen, die ÖVP vom einkommensabhängigen Kindergeld zu überzeugen. Beim einkommensabhängigen Kindergeld werden 80 Prozent des letzten Netto-Einkommens ausbezahlt, aber mindestens 1.000 Euro und maximal 2.000 Euro. Die Bezugsdauer beläuft sich auf 14 Monate, wenn sich beide Eltern die Zeit mit dem Kind teilen. Das Kindergeld Neu ist vor allem für Frauen gedacht, die rasch nach der Babypause wieder in den Beruf einsteigen wollen. Und für Väter ist es eine Chance, ohne finanzielle Verluste beim Kind zuhause zu bleiben. Die Ausrede, dass der Vater aufgrund des höheren Einkommens

nicht zuhause bleiben kann, gilt ab sofort nicht mehr.

Erstmals ist auch eine Lösung für Alleinerziehende gelungen. Wie schaut diese Regelung aus?

Heinisch-Hosek: Es freut mich besonders, dass wir armutsgefährdeten Alleinerziehenden, deren Lebenssituation schon schwer genug ist, unter die Arme greifen können. Sie haben die Möglichkeit, zwei Monate länger Kindergeld zu beziehen – egal, welche Variante Kindergeld sie wählen. Konkret heißt das: Alleinerziehende, die weniger als 1.200 Euro monatlich zur Verfügung haben und einen Antrag auf Unterhalt bei Gericht stellen, können zwei Monate länger beim Kind zuhause bleiben.

Welche Lösung wurde für Einkommensschwache gefunden?

Heinisch-Hosek: Einkommensschwache Familien und Alleinerziehende können in



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Das Kindergeld Neu bietet allen Eltern ab 1. Jänner 2010 zu den bisherigen drei Varianten zwei zusätzliche Wahlmöglichkeiten.“

Zukunft eine Beihilfe von monatlich 180 Euro beantragen. Die Beihilfe ist eine Überbrückungshilfe für ein Jahr und muss nicht mehr zurückgezahlt werden. ♦

BUWOG-SKANDAL

Schweigegeld für Ministeriums-Mitarbeiter?

10 Millionen Euro gingen als „Provision“ für den Buwog-Verkauf an zwei Grasser-Freunde. Auch Schweigegeld soll angeboten worden sein. Die Verdachtsmomente in der Buwog-Causa mehren sich wöchentlich.

An den Ehrenkodex „Mehr Privat – weniger Staat“ hielten sich Grasser und all seine Freunde hartnäckig. Denn durch hoch dotierte „Provisionen“ wanderten fast 10 Millionen Euro in die Brieftaschen der „Vermittler“.

Nun ist sogar von Bestechung die Rede. Grassers Freund und Kabinettschef im Ministerium, Ernst Plech, soll einem Mitarbeiter als Schweigegeld in der Buwog-Causa 700.000 Euro angeboten haben – „wenn du da mitspielst“. Für den

Fall, dass er das Angebot ausschlagen würde, seien er und seine Familie bedroht worden, sagt der Betroffene gegenüber den Medien. Während die ersten Beschuldigten in der Causa vor Gericht ihre Geständnisse oder Aussagen ablegen, schweigt der Ziehvater Grassers beharrlich: Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel. „Es ist zutiefst verwunderlich, warum er zu dieser Frage noch immer nicht Stellung bezogen hat – schließlich gab es für den Verkauf der Buwog einen

Ministerratsbeschluss, dem auch Schüssel zugestimmt hat“, kritisiert SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. Das Talent Grassers, die Bevölkerung für so dumm zu verkaufen, ist bemerkenswert, findet SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Grasser spricht trotz der nun ans Tageslicht gekommenen Abgründe noch immer von einem erfolgreichen und korrekten Buwog-Verkauf. Das ist eine Beleidigung der kritischen Öffentlichkeit.“ Für Kräuter müsse nun das System Grasser-Schüssel lückenlos und schonungslos durchleuchtet werden. Für die Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung. ♦

Das System Grasser-Schüssel muss lückenlos durchleuchtet werden.



VERWALTUNG

Reform dringend notwendig

Vereinfachungen und Effizienzsteigerungen in der Verwaltung sind für eine erfolgreiche Budgetsanierung unabdingbar, erklärte Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im Zuge einer Podiumsdiskussion zum Thema „Durch Steuern steuern – ist eine Budgetsanierung mit mehr Steuergerechtigkeit vereinbar?“.



Der Rechnungshof hat im Hinblick auf mögliche Maßnahme zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung bereits einige Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Ineffizienz und Doppelgleisigkeiten im System können in Zeiten der Krise nicht hingenommen werden. Eine Verwaltungsreform ist aus diesem Grund dringend notwendig. Weiters muss das System sowie dessen Zugang für die BürgerInnen in Österreich vereinfacht und transparent gestaltet werden. Im Schulbereich wird mit Nachdruck an einer Optimierung und Vereinheitlichung der Strukturen gearbeitet. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder hat sich das Ziel gesetzt, allen notwendigen Druck jetzt aufzubauen, um mit der Verwaltungsreform erfolgreich zu sein.

Verwaltungsreform besteht aus drei Teilen

Der Bund muss im Zuge der Verwaltungsreform mit gutem Beispiel vorangehen, so Schieder. So gilt es etwa, in den vergangenen Jahren ausgegliederte Bereiche ganz genau unter die Lupe zu nehmen und auf ihre Effizienz zu überprüfen. Als Beispiele nannte Schieder die Buchhaltungsagentur. „Hier gibt es in Nachbarländern Agenturen, die mit deutlich weniger Personal die selbe Leistung erbringen“. Auch

die Austria Development Agency, Agentur der öffentlichen österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wurde gerade erst vom Rechnungshof hart kritisiert. Das Urteil der Prüfer: Viel zu teuer und darüber hinaus ineffizient und konzeptlos.

Ein weiterer Teil, wo der Staat bei sich selbst sparen kann, ist der Verwaltungsbereich der einzelnen Ministerien. „Braucht wirklich jedes Ministerium eine eigene Personalabteilung, einen eigenen Fuhrpark, einen eigenen Pressedienst oder kann man hier die Länder als positives Beispiel heranziehen und die Aufgaben mit einem einzigen Verwaltungsamt bewältigen?“, so der Finanzstaatssekretär.

Aber auch zwischen Bund und Ländern gibt es Ineffizienzen, die man nun angehen muss. So bringt die Eingliederung der Statistikabteilungen der Länder in die Statistik Austria eine Einsparung von rund 9 Millionen Euro. Schieder erklärte: „EUFörderungen sind oft Koförderungen. Das bedeutet: Österreich muss eine bestimmte Anzahl ausgeben, um die europäischen Förderungen abzuholen“. Bei den Agrarförderungen gibt Österreich jedoch mehr aus, als nötig wäre. Die Über-

forderung landet zum größten Teil bei großen Lebensmittelkonzernen wie Rauch Fruchtsäfte, Agrana, Kraft Foods sowie bei großen Landwirtschaftsbetrieben. In diesem Bereich könnten Einsparungen bis zu 50 Millionen Euro pro Jahr erzielt werden.

Klärung der Steuerungsfunktionen zwischen Bund und Ländern

Unabdingbar für die Verwaltungsreform ist auch die Klärung der Steuerungsfunktionen zwischen Bund und Ländern, erklärte Schieder, der kritisierte, dass etwa für LandeslehrerInnen der Bund keine Steuerung übernimmt, die Kosten aber voll und ganz tragen muss. Bund und Bildungsministerium können mittlerweile ihre Steuerungsfunktionen nicht mehr ausreichend wahrnehmen, da die Bundesländer nicht genau angeben wollen, in welchem Beschäftigungsverhältnis sich die LehrerInnen genau befinden.

An der Diskussionsveranstaltung nahmen, neben Finanzstaatssekretär Andreas Schieder, auch Bundesverfassungsrichter a. D. Prof. Paul Kirchhof, Generalsekretär der Industriellenvereinigung Markus Beyrer sowie Gf. Gesellschafter der BDO Auxilia Treuhand GmbH Karl Bruckner teil. Durch die Podiumsdiskussion führte Michael Fleischhacker, Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“.



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: „Der Bund muss bei der Verwaltungsreform mit gutem Beispiel vorangehen.“

Polit-Autobiografie

Nach der Windstille

Anton Pelinka ist Professor für Politikwissenschaft. Im Zeitraffer hat er die österreichische Gesellschaft im Visier.

Pelinkas Texte sind weit mehr als eine Analyse aus der Distanz, das Buch umfasst die persönlichen Erfahrungen aus Jahrzehnten der politischen Beobachtung, die rund um das Jahr 1945 beginnen, und heute mit der Erklärung enden, warum sein ursprünglich so stark ausgeprägter Österreich-Patriotismus einer Hinwendung zu einer europäischen und kosmopolitischen, transnationalen Einstellung gewichen ist. Er sagt über sein Buch: „Österreich hat sich bald nach 1945 als ‚Insel der Seligen‘

verstanden: sozialer Friede im Inneren, Neutralität nach außen und überall in der Welt geschätzt und geliebt. Diese Phase endet nach 40 Jahren. Es bricht der Sturm los.“ Krisen, Konflikte und Affären um Waldheim, Groer, Haider; Einblicke hinter die Kulissen der Mächtigen, gängige Österreichbilder und deren Dekonstruktion, Rassismus, Scheinordnungen und Provinzialismus – all das beschreibt Pelinka in seinem Buch gewohnt deutlich, kritisch und pointiert. ◆

Sachbuch

Gleichstellungspolitik in Österreich

Die Beiträge dieses Sammelbandes geben einen fundierten Überblick über die österreichische Gleichstellungspolitik.

Gleichstellung in Beruf und Schule, auf dem Arbeitsmarkt und im Haushalt, in Kunst und Familie sind nur einige der in dieser Bilanz behandelten Themen. Gleichstellungspolitik ist längst ein etablierter Bereich in Politik und Gesellschaft. Konkretes dazu ist aber den wenigsten bekannt. Dieses Buch gibt Antworten auf eine Reihe von Fragen: Welche konkreten Instrumente zur Umsetzung von Gleichstellung wurden in den letzten Jahren entwickelt? Wie steht es um die De-facto-

Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt, in Bildung, Familie und Kultur? Wie wirken sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf den Stellenwert und die Gestaltung von Gleichstellungspolitik aus? Und wie haben sich die Muster der Arbeitsteilung in den Familien und in der Erwerbsarbeit geändert? Beantwortet werden diese Fragen von WissenschaftlerInnen und ExpertInnen wie Erna Appelt, die das Buch auch herausgibt, Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer. ◆

Biografie

Hertha Firnberg

Diese Biografie erscheint zum 100. Geburtstag von Hertha Firnberg, die das Österreich der Nachkriegszeit mitgeprägt hat.

Als erste sozialistische Ministerin wählte sie sich ihr Ressort selbstbewusst: Keines, dem man das Schildchen typisch-weiblich umhängen konnte, sollte es sein, sondern Wissenschaft und Forschung. Durch ihre bildungspolitischen Ansätze hat Hertha Firnberg die Universitäten nachhaltig geprägt. Wer sich mit Firnbergs Leben vor 1970 befasst, findet sich bald in einem Geflecht aus Gerüchten und Halbwahrheiten wieder. Diese Biografie gründet sich auf Dokumenten ebenso wie auf persönlichen

Berichten. Marlen Schachinger zeichnet ein detailliertes Bild Firnbergs, folgt ihren Spuren und den Erinnerungen ihrer Zeitgenossinnen und MitkämpferInnen. Firnberg forderte bereits 1968: „Was wir in der nächsten Zeit machen müssen, das ist keine Politik der kleinen Schritte und der kleinen Wünsche und der kleinen Kompromisse, sondern das ist der weite Horizont einer neuen Gesellschaftsordnung, in der Frauen die ihnen zukommende Rolle spielen müssen.“ ◆

☐ Stk.


Anton Pelinka:
Nach der Windstille. Eine politische Autobiografie.
Lesethek Verlag, Wien 2009;
239 S., 21,90 €

☐ Stk.


Erna Appelt (Hrsg.):
Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz.
Studienverlag, Innsbruck 2009;
240 S., 28,90 €

☐ Stk.


Marlen Schachinger:
Hertha Firnberg. Eine Biographie.
Mandelbaum Verlag,
Wien 2009;
222 Seiten, 17,80 €

Unterschrift:

Name: Adresse:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

Kidsparade 2009 in Graz



Bei der „Kinderparade“ der Kinderfreunde, anlässlich des 20. Geburtstags der UN-Kinderrechtskonvention stand die Gestaltung einer kindgerechten Gesellschaft im Vordergrund.

Auch in diesem Jahr veranstalteten die Kinderfreunde zum dritten Mal in Folge die „Kidsparade“ in Graz. Wieder traten hunderte Kinder und Jugendliche aus der gesamten Steiermark bei der „Kidsparade“ für ihre Rechte ein. Das Motto für 2009 lautete „Recht auf Spiel und Freizeit“. Die rund 300 Kinder- und Jugendlichen marschierten, begleitet von Landesrätin Elisabeth Grossmann sowie VertreterInnen zahlreicher Kinder- und Jugendorganisationen, durch die Grazer Innenstadt. Dabei machten die jungen Menschen mit Transparenten und Sprechchören auf ihre Anliegen und Wünsche aufmerksam.



Kinderfreunde Steiermark

Kinder ziehen mit Transparenten durch die Grazer Innenstadt

Viel Spaß beim großen Spielfest

Die TeilnehmerInnen der „Kidsparade“ konnten sich aktiv mit dem Thema Kinderrechte auseinandersetzen und am Speakers-Corner ihre Meinung kundtun. Neben Spiel-, Kreativ- und

Schminkstationen und einem Live-Auftritt von Mira Ulz, der Kiddy Contest Siegerin 2009, feierten die Kinder und Jugendlichen bis in die Abendstunden und freuten sich, gemeinsam mit den VeranstalterInnen über eine gelungene „Kidsparade“ 2009. ♦

BURGENLAND

13. Oktober 2009 – Tag der Lehre



Jugendliche müssen auf ihre Berufschancen hingewiesen werden.

Am Tag der Lehre gehe es um konkrete Aktionen, erklärt Burgenlands Soziallandesrat Peter Rezar. Jugendliche müssen auf die Notwendigkeit einer guten Ausbildung hingewiesen werden, da Qualifikation der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit ist.



SPÖ Burgenland

Burgenlands Soziallandesrat
Peter Rezar

Rezar betont, es ist besonders wichtig bei jungen Menschen auf Qualifizierung zu setzen, denn 40 Prozent der Arbeitslosen hätten lediglich einen Pflichtschulabschluss. Im Burgenland werden zahlreiche Akzente für jungen Menschen, wie die „Lehre mit Matura“ oder die landesweite Schaffung von Ausbildungsplätzen, gesetzt. Seit 2009 gibt es außerdem erstmals einen Fahrtkostenzuschuss für Lehrlinge. ♦

KÄRNTEN

Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten explodiert



Die Sozialistische Junge Generation fordert eine Lehrstellenoffensive in öffentlichen Gebietskörperschaften und den Ausbau der Lehrwerkstätten in allen Kärntner Gemeinden.

Der SJG Landesvorsitzende Michael Raunig kritisiert das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Kärntner Landesregierung im Umgang mit dem sensiblen Thema der Arbeitslosigkeit. Wie die jüngsten Statistiken zeigen, trifft die Wirtschaftskrise vor allem die jungen Menschen. Die SJG



SJG Kärnten

schlägt Alarm, denn es fehle in Kärnten an zielorientierten Maßnahmen. Raunig fordert eine Lehrstellenoffensive und einen Ausbau der Lehrwerkstätten.

Landesvorsitzender der
Sozialistischen Jungen
Generation Michael Raunig

WIEN

Aktion „Toleranz hat viele Gesichter“



Beim 26. Donauinselfest ertönte der Startschuss zur Initiative „Toleranz hat viele Gesichter“.

Im Rahmen dieser Aktion entstand das weltweit größte Plakat für Toleranz und Menschlichkeit.

Das Plakat, ein Mosaik, bestehend aus abertausenden Portraitfotos, ist ein Zeichen für ein friedliches Miteinander. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurden bereits mehr als 14.000 Bilder über die Website www.fuertoleranz.at hochgeladen. Christian Deutsch, Landesparteiensekretär der Wiener SPÖ, sowie die Mitinitiatorin NR-Abg. und SPÖ-Bereichsspre-



Weltweit größtes Plakat für Toleranz und Menschlichkeit

cherin für Umwelt und Globale Entwicklung, Petra Bayr, zeigten sich erfreut über den großartigen Erfolg dieses Projekts und dankten den zahlrei-

chen NGOs für ihre engagierte Zusammenarbeit.

Friedlicher Umgang – Anliegen der Gesellschaft

Die große Resonanz auf diese Initiative zeigt, dass Toleranz und ein friedvolles Miteinander gemeinsame Anliegen aller BürgerInnen darstellen. Speziell junge Menschen haben mit der Teilnahme an dieser Aktion signalisiert, dass sie ruhig und friedlich miteinander leben möchten. Das Zeichen für Toleranz und Menschlichkeit

kann noch bis 19. Oktober 2009 am PORR-Tower in Favoriten, sowie am Florido-Tower in Floridsdorf täglich ab 19.00 Uhr betrachtet und bestaunt werden. ♦

VSSTÖ UND SJÖ

Nach Studiengebühren kräht (fast) kein Hahn mehr!



Eine klare Absage erteilen die Bundesvorsitzenden von VSSTÖ und SJÖ, Sophie Wollner und Wolfgang Moitzi, der Forderung von Minister Hahn, die Studiengebühren wieder einzuführen.

„Je mehr Menschen eine bessere Ausbildung haben, desto besser für die Gesellschaft. Was die österreichischen Universitäten brauchen, ist mehr Geld für bessere Studienbedingungen und weiter reichende Studienförderungen. Ein Wissenschaftsminister, der möglichst wenig Studierende will, ist eine Fehlbesetzung“, kritisiert Wollner. Nach Einführung der Studiengebühren im Wintersemester 2001 hätten 45.000 Studierende ihr Studium abgebrochen. „Bei der niedrigen AkademikerInnenquote, die Österreich vorzuweisen hat, ist es fatal, Studierende von der Uni zu drängen“, betont Wollner.



Lehmann

Nach Einführung der Studiengebühren im Wintersemester 2001 haben 45.000 Studierende ihr Studium abgebrochen

Studiengebühren benachteiligen vor allem Berufstätige

Für Moitzi haben die Studiengebühren „nichts gebracht außer arbeitende Studierende weiter unter Druck zu setzen und sozial schlechter gestellte Schichten von höherer Bildung auszuschließen“. „Gerade für die knapp 60 Prozent der Studierenden, die per-

manent berufstätig sind, um sich ihr Studium leisten zu können, sind Studiengebühren oftmals der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt und Studierende zum Studienabbruch zwingt“, gibt ihm Wollner Recht. „Es braucht endlich den Willen, die österreichischen Hochschulen ausreichend zu finanzieren“, lautet daher die Devise für VSSTÖ und SJÖ. ♦



Kindergeld Neu – eine Chance für mehr Partnerschaftlichkeit

Die Inanspruchnahme von Karenz ist für die meisten Erwerbstätigen mit großen Einkommensverlusten verbunden und damit ein Stolperstein für eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung.



Fotolia nem höheren Einkommen erleichtert. Dies entspricht auch weitgehend der AK-Forderung nach einer Arbeitszeitgrenze bis zu 24 Stunden wöchentlich.

Das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld und die neuen Zuverdienstmöglichkeiten zum pauschalen Kinderbetreuungsgeld sind wichtige Schritte für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Förderung der partnerschaftlichen Teilung der Kinderbetreuung. Weitere Schritte müssen jedoch folgen und noch bestehende Barrieren bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Partnerschaftlichkeit müssen abgebaut werden: so gibt es etwa Hürden bei der Inanspruchnahme des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes. Nur Eltern, die im letzten halben Jahr vor der Geburt durchgehend beschäftigt waren,

„Bereits die Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes hat zu einer höheren Väterbeteiligung geführt.“

Je höher der Einkommensverlust ist, umso weniger sind Väter bereit, in Karenz zu gehen. Bereits die Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes hat zu einer höheren Väterbeteiligung geführt. Beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld in Höhe von 80 Prozent des Nettoeinkommens (bis maximal 2.000 Euro) fällt die ökonomische Hürde für eine partnerschaftliche Aufteilung der Karenz weg. Damit wird ein Modell geschaffen, das für die zumeist besser verdienenden Männer, aber auch für besser qualifizierte Frau-

en, die rasch wieder in den Beruf zurückkehren wollen, besonders attraktiv ist.

Verbesserungen gibt es auch bei den Pauschalvarianten. Neben den bereits bestehenden Möglichkeiten, Kinderbetreuungsgeld in Abhängigkeit von der Leistungsdauer in Höhe von 800, 624 oder 436 Euro monatlich zu beziehen, kommt neu noch eine zusätzliche Option in Höhe von 1.000 Euro monatlich bis zum ersten Geburtstag des Kindes dazu. Bei Teilung mit dem Partner verlängert sich der Anspruch um zwei weitere Monate. Erleichtert wird auch der Zuverdienst zu den vier Pauschalvarianten. Neben dem Fixbetrag von 16.200 Euro steuerpflichtigem Einkommen können auch bis zu 60 Prozent des früheren Einkommens dazu verdient werden, was das Zuverdienende für Besserqualifizierte mit ei-

können dieses beantragen. Durch Beschäftigungslücken in diesem halben Jahr, die etwa durch Saisonbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit entstehen, geht der Anspruch auf einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld verloren. Notwendig ist auch, dass die Zuverdienstgrenzen vereinfacht werden. Die Regelungen müssen praxisgerechter, einfacher und überschaubarer werden. Und ganz besonders wichtig ist, dass die Verbesserungen durch eine ausreichende und qualitätsvolle Kleinkinderbetreuung begleitet werden. Ansonsten gibt es keine Wahlfreiheit beim Kinderbetreuungsgeld. ♦

Ingrid Moritz ist Leiterin der Abteilung Frau-Familie in der Arbeiterkammer Wien.

TERMINKALENDER

Freitag, 16. 10.

Steuerpolitischer Abend

Die Sozialistische Jugend veranstaltet mit verschiedenen Jugendorganisationen und Vereinen einen „Steuerpolitischen Abend“ an der Uni Graz. Nach einführenden Workshops mit ExpertInnen aus dem Wifo und der Arbeiterkammer lädt die Sozialistische Jugend zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Vermögenssteuern – wie weiter?“. Am Podium diskutieren Wolfgang Moitzi (SJÖ), Otto Farny (AK), Kurt Flecker (SPÖ), Christopher Drexler (ÖVP), Gabriele Michalitsch (Wifo) und Petra Ziegler (Attac).

Nähere Informationen unter: www.sjoe.at

Beginn: 17.00 Uhr

Universität Graz

Hörsaal 15.04

Universitätsplatz 3, 8010 Graz

Montag, 19. 10.

Verteilungsgerechtigkeit – Österreich auf dem Prüfstand

Eine aktuelle Studie des Wirtschaftsfor-

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Alexander Bärthel, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

schungsinstituts hat die Entwicklung der Verteilungswirkungen der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte seit Mitte der 90er Jahre analysiert. Im Rahmen der von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien veranstalteten Konferenz werden die Ergebnisse dieser Studie präsentiert. Nach der Eröffnung durch den Präsidenten der Arbeiterkammer Wien, Herbert Tumpel, diskutieren namhafte ExpertInnen über die aus den Ergebnissen der Studie resultierenden Erkenntnisse und die politischen Handlungsmöglichkeiten.

Beginn: 10.00 Uhr

Eintritt frei

AK Bildungszentrum

Großer Saal

Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

Bildungspolitik in Österreich

Die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Claudia Schmied, referiert und stellt sich den Fragen zu zeitgemäßer schulischer Bildung und den Herausforderungen, denen sich moderne Schulpolitik stellen muss. Die Veranstaltung findet in den Räumlichkeiten des österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums statt. Nach der Veranstaltung gibt's Brötchen und Getränke. Weiter Informationen unter:

www.wirtschaftsmuseum.at

oder unter: Tel.: 01/545 25 51

Beginn: 17.00 Uhr

Eintritt frei

Wirtschaftsmuseum

Vogelsangasse 36, 1050 Wien

Sozialpolitik in Österreich

Über den Zusammenhang österreichischer

Sozialpolitik und sozialem Frieden referiert Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, am Montag im österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Ohne die österreichische Sozialpolitik wäre die Armutsgefährdung im Lande dreimal höher als sie tatsächlich ist. Sie ist somit maßgeblich für den sozialen Frieden im Lande verantwortlich. Weiter Informationen unter:

www.wirtschaftsmuseum.at

oder unter: Tel.: 01/545 25 51

Beginn: 19.00 Uhr

Eintritt frei

Wirtschaftsmuseum

Vogelsangasse 36

1050 Wien

Dienstag, 20. 10.

„Links und libertär?“

Im Rahmen der Reihe „Genial dagegen“ lädt das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog zum Vortrag von Klaus Lederer, Vorsitzender des Berliner Landesverbands der Partei DIE LINKE. Die Veranstaltung von und mit Robert Misik findet in Partnerschaft mit der Stadtzeitung FALTER statt. Im Zentrum steht die Frage „Warum die Linke mit der individuellen Freiheit hadert“. Lederers Landespartei bildet seit 2001 mit der SPD die Berliner Regierung unter Oberbürgermeister Klaus Wowereit. Weitere Informationen:

Tel.: 01/318 82 60/20

Beginn: 19.00 Uhr

Eintritt frei

**Bruno Kreisky Forum
für internationalen Dialog**

Armbrustergasse 15

1190 Wien

NET NEWS

Sozialdemokratische BloggerInnen

Seit rund zwei Jahren präsentiert die SPÖ auf www.redblogs.at die aktuellsten Beiträge aus den Weblogs zahlreicher SPÖ-PolitikerInnen aus Regional-, Bundes-, und Europapolitik. Durch die bunte Mischung von interessanten Persönlichkeiten bietet die Seite einen lesenswerten Mix von Artikeln zu den verschiedensten Themenbereichen der Gesellschaft

aus der persönlichen Perspektive der VerfasserInnen.

Kürzlich wurde die beliebte SPÖ-Blogübersicht umfassend überarbeitet und präsentiert sich seither in einem modernen, funktionellen Design. Auch die Liste der AutorInnen wurde ergänzt. Prominentester „Neuzugang“ ist der Weblog von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek.





Käfigmeisterschaft in Wien

Über 80 Teams nahmen bei der „1. Wiener Käfigmeisterschaft“ teil. In Käfigfußball, Streetball & Beach Volleyball ermittelten über 350 SportlerInnen ihre Meister. Die Siegerehrung nahmen SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und der Wiener Stadtrat Christian Oxonitsch vor.



IFRA Expo 2009

Die IFRA Expo ist weltweit wichtigster Treffpunkt der Zeitungs- und Medienindustrie. Prominenz aus dem Verlagswesen und Journalismus gaben sich in Wien ein Stelldichein. Die Veranstaltung wurde vom Staatssekretär für Medien, Josef Ostermayer, eröffnet.



Mädchen & Technik

Burgenlands Landesrätin Verena Dunst besuchte die „Berufsfindungswoche für Mädchen“. Mädchen zwischen 12 und 14 Jahren hatten im Rahmen dieser Veranstaltung die Möglichkeit technische, mechanische und elektronische Dinge auszuprobieren und sich für technische Berufe zu informieren.

